



Landtagswahl 2019: Wahlprüfsteine des LAG Soziokultur Brandenburg e.V. zu Soziokultur und Populärmusik in Land Brandenburg

Potsdam, 26. August 2019

In Vorbereitung auf die Brandenburger Landtagswahl am 1. September 2019 hat der LAG Soziokultur Brandenburg e.V. basierend auf 12 Wahlprüfsteinen aus drei Themengebieten alle zur Wahl stehenden Parteien zu ihren Positionen bezüglich Soziokultur und Populärmusik befragt. Geantwortet haben SPD, CDU, DIE LINKE, Grüne und PIRATEN. Von den anderen Parteien, darunter FDP, AfD und BVB/Freie Wähler, blieben die Wahlprüfsteine unbeantwortet.

Für die LAG Soziokultur Brandenburg relevante Kernaussagen der Parteien

Die **SPD** sieht vor, die bestehende kulturpolitische Strategie im Land Brandenburg weiterzuentwickeln und möchte darüber hinaus die Notwendigkeit eines Kulturfördergesetzes prüfen. Kulturelle Einrichtungen in den Regionen sollen in ihrer Netzworkebildung gestärkt werden. Auch setzt sich die Partei für die Einführung von Honoraruntergrenzen bei der Kulturförderung ein.

DIE LINKE spricht sich hinsichtlich Stadtplanung und benötigter kultureller Freiflächen für eine Bedarfsanalyse aus, um Flächen zu suchen und entsprechend auszuweisen. Zudem setzt die Partei auf eine Verstärkung der landesweiten Investitionen und merkt an, dass Mittel für soziokulturelle Projekte und Einrichtungen nur additiv zur Verfügung gestellt werden.

Die **CDU** setzt sich für eine Kulturförderung insbesondere im ländlichen Raum ein und will gezielt Räume für kulturelle Nutzungsmöglichkeiten schaffen. Hierbei sollen Förderprogramme möglichst offen gehalten und mögliche Investitionsprogramme geprüft werden. Auch bietet die Partei Gespräche zu Honorarmindeststandards für die Sozio- und Popkulturszene an.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich explizit, neben etablierter Kultur, für eine Förderung von unterschiedlichen Formen der Kleinkunst und Subkultur ein. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommunen sollen non-kommerzielle Projekte und Initiativen wohlwollend begegnet werden, genügend Räume geschaffen und qualifizierte Anleitung garantiert werden.

Die **Piratenpartei** setzt auf die Entwicklung von neuen, hierarchiefreien Fördermodellen, bei denen nicht die Vermarktung im Vordergrund steht. Die Partei will ein verstärktes Augenmaß auf niederschwellige alternative Kulturprojekte legen und diese verstärkt unterstützen. Zudem setzt sich die Partei für die Erstellung eines sogenannten Kulturboards ein.

Bestehende Förderpraxis prüfen und Verwaltungsprozess verbessern

Alle befragten Parteien erkennen die Problematik zwischen der bestehenden Verwaltungspraxis und der Arbeitsrealität der Akteur*innen auf kommunaler wie auch auf Landesebene. Die CDU spricht sich in diesem Zusammenhang als klarer Befürworter des Bürokratieabbaus aus und möchte sich in Zukunft für eine Vereinfachung der Verwaltungsprozesse einsetzen. DIE LINKE präferiert zudem eine auf Dauer angelegte Förderung von Strukturen bei gleichzeitiger Möglichkeit, auch einmalige Projekte zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine Verbesserung der Beratung zu bestehenden Förderprogrammen. Sehr konkret werden in dieser Fragestellung die SPD und die Piratenpartei. Die SPD sieht den Bürokratieabbau als eine wichtige und dauerhafte Aufgabe an und will sich dafür einsetzen, dass der Zeitraum zwischen Beantragung und Gewährung von kultureller Landesförderung besser und effizienter vollzogen wird. Die Piratenpartei spricht sich klar für eine stärkere Planungssicherheit bei der Durchführung von Projekten aus und sieht die Entbürokratisierung von Prozessen als eines ihrer Hauptanliegen an.

Freiflächenkonzept, welches Veranstalter*innen eine niedrigschwellige Durchführung von Open-Air

Kulturveranstaltungen ermöglicht. Die befragten Parteien stehen der Entwicklung eines Freiflächenkonzepts durchgängig positiv gegenüber. Die CDU hält eine Änderung der derzeit gültigen Regeln für sinnvoll und stellt sich für eine Konzepterstellung eine Diskussion mit den Betroffenen vor.

Auch DIE LINKE, die Piratenpartei und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den Vorschlag für sinnvoll, wollen somit die Rahmenbedingungen für Open-Air Veranstaltungen verbessern und tragfähige Lösungen dazu beraten. Am konkretesten verhält sich zu diesem Punkt die SPD. Der Partei ist eine notwendige Planungssicherheit seitens der Veranstalter*innen bewusst und hält daher eine Abstimmung mit zuständigen Behörden für unerlässlich. Die SPD will prüfen, inwieweit die Entwicklung eines Freiflächenkonzepts niederschwellige Durchführungen von Open-Air Veranstaltungen ermöglichen kann und will in diesem Erarbeitungsprozess mögliche Anregungen von Anwohner*innen und Nutzer*innen mit einbeziehen.

Der ländliche Raum

Alle Parteien stimmen darin überein, dass das kulturelle Angebot im ländlichen Raum und auch die Räume selbst gestärkt und gesichert werden müssen. Die Mehrheit der Parteien ist sich darin einig, dass die Kommunen in der Finanzierung nicht allein gelassen werden dürfen und es einer Angleichung bzw. Anhebung der Mittel bedarf. Die Piratenpartei plädiert für einen Kulturfonds, der selbstverwalteten Projekten ohne umständliche Bürokratie kurzfristig und schnell finanzielle aber auch behördliche Schützenhilfe garantiert. Die SPD will gemeinsam mit den Kommunen ein Bündnis für Kultur ins Leben rufen, um kulturelle Angebote und Infrastruktur landesweit weiterzuentwickeln. Gemeinden im ländlichen Raum, die über einen Landesentwicklungsplan als grundfunktionale Schwerpunkte erklärt werden, können über den kommunalen Finanzausgleich zusätzlich gefördert werden. Das soll auch für regionale kulturelle Ankerpunkte im ländlichen Raum gelten. Für SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Piratenpartei geht eine Stärkung des ländlichen Raumes mit einer Stärkung der Infrastruktur einher.

Pressekontakt:

Detlef Franke

info@soziokultur-brandenburg.de

ANTWORTEN AUF DIE 12 FRAGEN DER LAG SOZIOKULTUR BRANDENBURG ZUR LANDTAGSWAHL 2019

1. Allgemeines

a. Trotz „Renaissance“ der Sozio- und Popkultur und weiter fortschreitender „Soziokulturalisierung“ der gesamten Brandenburger Kulturlandschaft verzeichnet ihr Anteil an den Kulturausgaben im Landeshaushalt nur einen zu vernachlässigen Aufwuchs; einzig der Tatsache geschuldet, dass es der Szene gelang, mit dem neuen Projekt „Offensive Populärmusik“ Fördermittel zu generieren.

Wie beurteilt Ihre Partei den Stellenwert von Sozio-, Breiten- und Popkultur gegenüber der sogenannten Hochkultur, die den Mittelaufwuchs im Kulturhaushalt des Landes nahezu exklusiv für sich reklamieren konnte?

Bündnis 90/Die Grünen

Eine grüne Kulturpolitik fördert nicht nur die etablierte Kultur (Theater, Orchester, große Museen), sondern auch viele Formen der Kleinkunst und Subkultur. Eine offene und demokratische Gesellschaft gibt es nur mit kultureller Vielfalt, künstlerischer Freiheit und dem Zugang zu kultureller Bildung für alle Menschen. Es ist Ziel unserer Kulturpolitik, das kulturelle Leben des gesamten Landes in Theatersälen, Museen, Galerien und Ateliers, Kirchen, Clubs und Kneipen, Bibliotheken und Musikschulen zu beleben und zu vernetzen. Kulturelle Bildung soll als fester Bestandteil im Alltag aller Bildungseinrichtungen und an außerschulischen Lernorten stattfinden.

CDU

Für uns hat die Sozio- und Popkultur einen hohen Stellenwert. Wir sehen die Sozio- und Popkultur als einen wichtigen, gleichwertigen Träger der Kultur in Brandenburg.

Die Linke

Der Soziokultur kommt eine zentrale Rolle zu, da sie Kultur für breitere Schichten zugänglich macht und direkt im Lebensumfeld der Brandenburgerinnen und Brandenburger jeden Alters ansetzt. Kultur wird damit für viele Menschen erst erlebbarer, und das in all ihren Sparten. Diese Tatsache wurde lange Zeit vernachlässigt. Doch hier wird in letzter Zeit ein Umdenken sichtbar, welches notwendig ist, um die Dinge voranzutreiben. So dürfen die Kommunen in Bezug auf Soziokulturelle Zentren und deren Erhalt nicht allein gelassen werden. Unterstützung verdienen lokaler Bands, infrastrukturelle Vernetzungsleistungen und nicht zuletzt Festivals. Mittel für soziokulturelle Projekte und Einrichtungen können nur additiv zur Verfügung gestellt werden.

Piratenpartei

Wir betrachten jegliche Art von kultureller Arbeit als gleichwertig. Ein Einordnung allein schon wie in der Fragestellung vorgenommen, können wir nicht nachvollziehen. Denn dadurch werden verschiedene Wertigkeiten manifestiert, die dem Anspruch an Kultur nicht nachkommen. Nämlich eine in allen Formen gleichwertige Ausdrucksform zu sein, die das jeweilige Empfinden der Kunstschaffenden darstellt. Während für Hoch- und Popkultur bereits genügend Förderstrukturen aufgebaut wurden, sind es gerade kleine Nischenkünstler und alternative Kulturformen, die unter dem Prekariat leiden. Hier gilt es neue, hierarchiefreie Fördermodelle zu entwickeln, bei denen Vermarktbarkeit nicht im Vordergrund steht.

SPD

Für die SPD hat jede Form von Kultur einen besonderen Stellenwert, ist sie doch Ausdruck kultureller Fort- und Weiterentwicklung innerhalb unserer Gesellschaft. Uns ist es wichtig, keine Kulturformen gegeneinander aufzuwiegen. Jede Form von kultureller Arbeit schafft Angebote, die Menschen zusammenführt, Teilhabe an der Gesellschaft fördert und das Zusammenleben in der Gesellschaft stärkt. Wir wollen uns dabei nicht einseitig auf bestimmte kulturelle Interessen beschränken, sondern sehen es positiv, wenn über alle Kulturformen hinweg, Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit miteinander verknüpft werden können. In diesem Sinne versteht sich die SPD Brandenburg als eine Partei, die das kulturelle Spektrum in seiner Gesamtheit in den Blick nimmt und das Wirken von Kulturschaffenden schützt und unterstützt. Wir machen uns gleichermaßen stark für die Kreativen und Nutzerinnen und Nutzer sowie für die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Klassische Orchester gehören ebenso dazu wie z. B. Laienchöre, Rock-, Pop- und elektronische Musik, Theater, Museen, soziokulturelle Zentren, Kinos, digitale Kunst und Kultur oder die Literatur.

ANTWORTEN AUF DIE 12 FRAGEN DER LAG SOZIOKULTUR BRANDENBURG ZUR LANDTAGSWAHL 2019

1. Allgemeines

b. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um den sozio- und popkulturellen Akteur*innen und Verwerter*innen Brandenburgs mittel- und langfristig Rahmenbedingungen zu schaffen, die deren erfolgreiche Entwicklung befördern?

Bündnis 90/Die Grünen

Es gilt zunächst, das Bewusstsein für den Stellenwert, Chancen, Herausforderungen und Hindernisse im Bereich der Sozio- und Popkultur in der Öffentlichkeit zu schärfen. Dazu sind wir zu einer Zusammenarbeit mit den Akteur*innen bereit. Im einem regelmäßigen Dialog könnten Möglichkeiten zur Verbesserung der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen erörtert werden. So hat z. B. die Untersagung der Genehmigung des Festivals „Resist to exist“ deutlich gemacht, dass Politik die Aufgabe hat, den rechtlichen Rahmen von Popmusikfestival zu konkretisieren. Wir wollen hier Hindernisse, wenn möglich, beseitigen und die kulturelle Förderpolitik stärker an der kulturellen Vielfalt ausrichten.

CDU

Wir verstehen Sozio- und Popkultur eher als „bottom up“-System, bei dem es nicht Aufgabe der Politik ist, gewünschte oder erwünschte Richtungen und Entwicklungen zu fördern, sondern es den Akteuren zu ermöglichen, frei und unabhängig die eigenen Ideen und Konzepte zu verwirklichen. Entsprechend setzen wir uns dafür ein, Hürden möglichst niedrig zu halten, Förderprogramme möglichst offen zu gestalten und auf die Besonderheiten der Sozio- und Popkultur Rücksicht zu nehmen.

Die Linke

Wir wollen die entstandenen Strukturen unterstützen und weiter aufbauen. Hierzu gehören Vernetzungsleistungen, die Unterstützung Kulturschaffender bei der Suche finanzierbarer Räume, die Förderung von Festivals, die Unterstützung lokaler Bands, gerade solcher, die auf Proberäume und Studios angewiesen sind. Wir setzen auf Initiativen und Impulse aus der Kulturszene. Wir wollen die Bedarfe genau kennen und mit den Betroffenen kommunizieren. Nur dann können wir passgenaue Lösungen vorantreiben.

Piratenpartei

Wir werden in den nächsten Haushaltberatungen darauf drängen, dass es im Sinne der vorherigen Antwort zu einer dem angemessenen Mittelverteilung kommt. Inwieweit eine Aufstockung des Gesamtbudgets möglich ist, muss sich zeigen. Es gilt, freie Räume zu schaffen, vom Probenraum für Theaterprojekte und Bands bis zu Auftrittsmöglichkeiten. Momentan werden in erster Linie Großveranstaltungen unterstützt, aber kaum jener Bereich, der für die avantgardistischen Potentiale sorgt. Kunst- und Kulturschaffen sind unabhängig von ihren marktwirtschaftlichen Aspekten ein menschliches Grundbedürfnis, das es zu erfüllen gilt.

SPD

Für die SPD ist die Soziokultur eine breitenkulturelle Praxisform. Mit ihren Podien für generations- und spartenübergreifende Gestaltung, politische Bildung, künstlerische Betätigung und Kommunikation erreicht sie viele Menschen. Brandenburg fördert in Abstimmung mit den Kommunen und Kreisen die Entwicklung von soziokulturellen und kulturpädagogischen Angeboten und unterstützt besonders profilierte, überregional wirkende Einrichtungen. Die SPD wird auch in Zukunft den eingeschlagenen Kurs weiterführen. Vor dem Hintergrund des durch die SPD eingebrachten Antrages „Fontane200 - Impulse des Fontane-Jahres für die Fort- und Weiterentwicklung der brandenburgischen Kulturlandschaft nutzen“ haben wir uns dafür ausgesprochen, neben der Weiterentwicklung der Kulturpolitischen Strategie des Landes Brandenburg auch die Notwendigkeit eines Kulturfördergesetzes Brandenburg zu prüfen.

ANTWORTEN AUF DIE 12 FRAGEN DER LAG SOZIOKULTUR BRANDENBURG ZUR LANDTAGSWAHL 2019

2. Schutz von Kulturräumen

a. Was hält Ihre Partei von einem konfliktorientierten kulturpolitischen Konzept, welches Kultur als Ausdruck diverser Lebensformen anerkennt und deren Teilhabe erweitern möchte?

Gemeint sind hier unter anderem Sozio-, Breiten-, Alltags-, Jugend-, Popular-, Sub- und migrantische Kulturen, deren gesellschaftliche Relevanz bislang keine adäquate Entsprechung in der Landeskulturförderung findet.

Bündnis 90/Die Grünen

Wie auch in der Antwort zur Frage 1.a. deutlich gemacht, unterstützen wir ein solches kulturpolitisches Konzept und wollen auch die Förderpolitik des Landes entsprechend erweitern.

CDU

Über ein derartiges Konzept werden wir nach der Wahl sehr gerne mit Ihnen in eine ergebnisoffene Diskussion einsteigen, um gemeinsam herauszufinden, wie ein solches Konzept am sinnvollsten ausgestaltet werden sollte, um die unterschiedlichen kulturellen Spielarten bestmöglich zu fördern und in der Entfaltung zu unterstützen.

Die Linke

Kultur ist divers und muss Möglichkeit haben sich zu entfalten und weiterzuentwickeln. Deswegen braucht sie Raum und Unterstützung, möglichst niedrigschwellig

Piratenpartei

Kulturelle Praxis entsteht mit jeder neuen Generation und entlang dem demographischem / technologischem Wandel, immer wieder neu und bezieht dabei in besonderem Umfang Einflüsse aus neu hinzugewonnenen Bevölkerungsschichten hinzu. Neben dem Aspekt einer offenen Kultur, der Förderung neuer Kulturschöpfungen aus der Diversität der Akteure sowohl kultureller Herkunft, als auch hinsichtlich des Bildungsgrades und des Migrationshintergrundes, gilt es viel stärker auf die soziokulturelle Integrationskraft von geförderten Projekten der vorurteilsfreien Begegnung Kulturschaffender aller Nationen einzugehen.

SPD

Brandenburg ist ein Land der Kultur. Kulturelle Angebote steigern die Attraktivität unseres Landes und machen es lebenswert. Für die SPD ist der chancengleiche Zugang zu Kunst und Kultur für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ein zentraler kulturpolitischer Anspruch. Wir unterstützen die Umsetzung dieses Anspruches auf allen Ebenen der Kunst- und Kulturförderung.

2. Schutz von Kulturräumen

b. Gemessen an den gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die nur mit zunehmender sozialer Kompetenz und mehr Gemeinsinn zu bewältigen sind, wird die Politik im Land Brandenburg nicht umhinkommen, dafür adäquate Kommunikationsorte vorzuhalten.

Welche kulturelle Praxis präferiert ihre Partei für diese Aufgabe?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen Freiräume für eine vielfältige, soziokulturelle Praxis schaffen und erhalten. Dazu gehört die Jugend- und Jugendsozialarbeit als außerschulische Bildungsarbeit mit politischer, sozialer, kultureller und persönlichkeitsbildender Funktion. Die kulturelle Bildung wollen wir stärken und allen Kindern und Jugendlichen während ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Auch für die Kulturarbeit mit Geflüchteten wollen wir mehr Geld bereitstellen. Viele Kommunikationsorte werden von Kommunen bereitgestellt und brauchen dafür mehr Unterstützung (siehe Antwort auch Antwort auf Frage 2.c.).

CDU

Nur der Dialog kann die Gesellschaft zusammenhalten und den zunehmenden Fliehkräften in der Gesellschaft entgegenwirken. Gerade auch der Kultur kommt dabei eine wichtige Rolle zu und wir werden sie entsprechend bei unserem Vorgehen einbinden und berücksichtigen.

Die Linke

Wir setzen auf Selbstorganisation. Kultur benötigt allerdings Räume und Unterstützung, um aktiv zu werden und sich auszuleben.

Piratenpartei

Der Beteiligungsprozess an politischen Entscheidungen muss auf allen Ebenen erweitert werden. Solange lediglich die Spitzenverbände innerhalb der jeweiligen Gremien vertreten sind, wird sich nichts ändern. Hier plädieren wir für die Einbeziehung auch von den von Ihnen angesprochenen Bereichen. Es gilt gerade hier eine Verbreiterung in die Fläche. Die Kulturleuchtturmfunktion Potsdams muss endlich ihre Anker im Land finden. Gerade im Umland gibt es kaum Förderprojekte.

SPD

Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle“: Wir ermöglichen Kultur unabhängig von Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht oder Herkunft. Wir haben uns vorgenommen, die kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg weiterzuentwickeln. Auch setzen wir uns dafür ein, die Kulturangebote im ländlichen Raum durch kulturelle Ankerpunkte langfristig zu sichern. Dazu wollen wir anerkannte und neue entstandene kulturelle Einrichtungen einer Region in ihrer Netzbildung stärken und vor Ort weiterentwickeln.

2. Schutz von Kulturräumen

c. Im ländlichen Raum Brandenburgs halten sozio- und popkulturelle Einrichtungen und Initiativen häufig die einzigen Kommunikations- und kulturellen Bildungsräume vor, trotz überwiegend prekärer Arbeitsbedingungen.

Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei die sozio- und popkulturelle Praxis im ländlichen Raum Brandenburgs stärken, um die Konflikt- und Demokratiefähigkeit der Menschen in diesen Regionen zu erhalten bzw. zu entwickeln?

Bündnis 90/Die Grünen

Die Landkreise, Städte und Gemeinden tragen den größten Teil der kulturellen Infrastruktur des Landes. Wir wollen diese dabei zukünftig stärker unterstützen, gerade und vor allem im ländlichen Raum. Wir wollen Clubs in ländlichen Räumen erhalten und das Kulturangebot aufwerten. Dort, wo es keine Ausgelmöglichkeiten gibt, wollen wir durch guten ÖPNV dafür sorgen, dass niemand die Nacht zu Hause verbringen muss. Viele Beispiele zeigen, dass non-kommerzielle Projekte besonders beliebt sind. So sind z.B. Studierendenkneipen, Vereine, Projekthäuser und Jugendclubs nicht auf hohe Gewinne angewiesen und können die Preise niedrig halten. Besonders für Jugendliche ohne eigenes Einkommen stellt dies einen enormen Mehrwert dar. Das Land Brandenburg soll gemeinsam mit den Kommunen dafür Sorge tragen, dass für non-kommerzielle Projekte genügend Räume und qualifizierte Anleitung garantiert werden. Mit Kunstausstellungen, Bandauftritten, Vorträgen und Workshops in Kneipen und Jugendclubs lassen sich viele Formen der Kunst, Kultur und Bildung vernetzen. Kultur soll zugänglich und aktiv gestaltbar sein. Nur so kann das Interesse an ihr bestehen bleiben. Wir sollten die klassischen Orte für Kunst, Theater und Musik verlassen und Kultur dort hinbringen, wo sie die jungen Menschen auch erreicht.

CDU

Wir werden uns für die Kulturförderung insbesondere im ländlichen Raum einsetzen und sprechen uns im Rahmen des Einsatzes für gleichwertige Lebensverhältnisse für eine Angleichung der Mittel aus.

Die Linke

Zunächst müssen die entsprechenden Räume für kulturelle Angebote verbindlich gesichert werden. Damit dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden. Es muss eine arbeitsfähige Struktur mit entsprechenden Stellen entstehen, die verlässlich finanziert werden kann. Hinzu tritt die Notwendigkeit der Projektförderung. Diese soll möglichst breit und umfangreich aussehen. Projekte zur Demokratie und Konfliktfähigkeit sind dabei ausdrücklich eingeschlossen.

Piratenpartei

Die Attraktivität des ländlichen Raums zu stärken oder zumindest zu erhalten ist es notwendig, eine in allen Bereichen attraktive Infrastruktur vorzuhalten. Dazu gehört selbstverständlich auch ein breites kulturelles Angebot, dass entsprechend finanziell und personell zu unterstützen ist. Es muss dringend ein Kulturfonds zur Stärkung des ländlichen Raumes aufgesetzt werden, der dann selbstverwalteten Projekten ohne umständliche Bürokratie kurzfristig und schnell finanzielle aber auch behördliche Schützenhilfe garantiert. Gerade im ländlichen Raum gilt es bei den Ämtern Vorurteile gegenüber alternativen Kunst- und Kulturprojekten abzubauen.

SPD

Kultur verstehen wir als ein öffentliches Gut. Sie muss allen zugänglich sein, unabhängig von Elternhaus, Einkommen, Abstammung, Bildung oder Gesundheit. Kultur darf nicht kommerziellen Zielen untergeordnet werden, denn sie besitzt Eigensinn und Eigenwert. Die Menschen in Brandenburg sollen sich frei entscheiden können, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben möchten. Dafür ist es wichtig, die Daseinsvorsorge überall im Land zu sichern. Gerade der ländliche Raum steht hierbei vor großen Herausforderungen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir ein Bündnis für Kultur ins Leben rufen, um kulturelle Angebote und Infrastruktur überall im Land weiterzuentwickeln. Mit der LEADER-Förderung leisten wir eine wichtige Grundlage für Lebensqualität im ländlichen Raum. Dazu zählen die Bereiche Kita, Schule, medizinische Versorgung sowie Mobilität. Zukünftig sollen auch „Themendörfer“ gefördert werden, um spezielle Stärken zu unterstützen. Mit dem Landesentwicklungsplan machen wir es möglich, dass Gemeinden im ländlichen Raum als grundfunktionale Schwerpunkte ausgewiesen werden. Die betroffenen Gemeinden erhalten eine zusätzliche Förderung über den kommunalen Finanzausgleich. Künftig werden wir verstärkt auch regionale kulturelle Ankerpunkte im ländlichen Raum fördern. Auch mit dem Kulturort des Jahres wollen wir künftig alle 2 Jahre gelungene Kulturprojekte von engagierten Bürgerinnen und Bürgern würdigen.

2. Schutz von Kulturräumen

d. Andere Bundesländer wie bspw. Bremen zeigen vorbildhaft, wie auf die kulturellen Bedürfnisse junger Menschen eingegangen werden kann. Das verabschiedete “Freiluftpartygesetz” ermöglicht es Veranstalter*innen, unkompliziert Genehmigungen für die Durchführung von Freiluftveranstaltungen zu bekommen. Trotz vieler Befürchtungen wird vor allem von positiven Erfahrungen berichtet. Lärmrichtwerte werden eingehalten, Verschmutzungen beseitigt und mit viel Bewusstsein und schonend mit der Umwelt umgegangen.

Könnte sich Ihre Partei vorstellen, gemeinsam mit der sozio- und popkulturellen Szene ein Freiflächenkonzept zu entwickeln, welches Veranstalter*innen eine niederschwellige Durchführung von Open-Air Veranstaltungen ermöglicht? Wenn ja, wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit vor? Wenn nein, warum nicht?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Festivals konkretisieren. Dazu sollte eine Runde aus Vertreter*innen der Festivalveranstalter*innen, der Verwaltung aus Land und Kommunen und Politiker*innen mit der Popbeauftragten des Landes anhand von praktischen Beispielen tragfähige Lösungen beraten und rechtliche Vorschläge erarbeiten.

CDU

Ja, wir halten es für sinnvoll, gewisse Änderungen an den derzeit gültigen Regeln vorzunehmen, um die Durchführung kultureller Veranstaltungen zu erleichtern. Entsprechend werden wir nach der Wahl alle Betroffenen zur Diskussion einladen, um eine zufriedenstellende und praktikable Lösung zu finden.

Die Linke

Ja, das ist eine gute Idee. Indem der Landtag sich mit Positivbeispielen aus Brandenburg und an- deren Bundesländern befasst, wir parteiübergreifend mit der LAG, den beteiligten Ministerien und vielleicht ein paar Beispielmunicipien überlegen, was geändert werden muss, könnten derartige Initiativen auf den Weg gebracht werden.

Piratenpartei

Auch wenn es sicher für ein Flächenland wie Brandenburg andere Voraussetzungen als für einen Stadtstaat wie Bremen gibt, so denken wir schon, dass eine Rahmengesetzgebung auf Landesebene auch in Brandenburg die Durchführung von Freiflächenveranstaltungen jeglicher Art sicher stellen soll. Hier ist zu bedenken, dass für die eigentliche Durchführung und Auslegung der rechtlichen Spielräume die jeweilige Kommune zuständig ist. Es ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Einengung deren Rechte möglich ist.

SPD

Open-Air-Konzerte können dazu beitragen, dass Kultur entsteht und im öffentlichen Raum wahrgenommen werden kann. Open-Air-Veranstaltungen und Festivals sind aber auch Großveranstaltungen, die mit erheblichen Umwelt- und Lärmbelastigungen einhergehen können und neben verkehrsseitigen auch besonderen Sicherheitsaspekten genügen müssen. Jede dieser Veranstaltungen – ob nun Open-Air- Konzerte oder Musikfestivals – hat eine Vielzahl von rechtlichen Bestimmungen und Vorgaben zu erfüllen, wie beispielsweise zum Umwelt- und Naturschutz, zum Lärmschutz oder zum Schutz der öffentlichen Sicherheit. All diese Regelungen tragen dazu bei, den Genehmigungs- und Überwachungsbehörden Kriterien zur Beurteilung von Veranstaltungen sowie Handlungsmöglichkeiten zu deren Lenkung im Sinne des Gemeinwohls an die Hand zu geben. Gleichzeitig bilden sie Orientierung für die Veranstalter*innen und für eine gute Kooperation mit den Behörden vor Ort. Besonders wichtig ist für uns deshalb die Abstimmung mit den zuständigen Behörden, die Planungssicherheit seitens der Veranstalter*innen garantiert und damit hilft, rechtlichen Auseinandersetzungen vorzubeugen. Wir wollen als SPD deshalb prüfen, inwieweit die Entwicklung eines „Freiflächenkonzeptes“ niederschwellige Durchführungen von Open-Air- Veranstaltungen ermöglichen kann. Wir können uns gut vorstellen, dass bei der Erarbeitung eines solchen Freiraumkonzeptes auch die Ideen und Anregungen der Anwohner*innen und Nutzer*innen aufgenommen werden. Bestehende Modelle aus anderen Städten können dafür als Orientierung dienen.

2. Schutz von Kulturräumen

e. Die Stadtplanung muss Räume für Kreative aller kreativen Genres vorsehen, die unter den marktüblichen Preisen liegen. Wenige Bands oder Musiker*innen, darstellende und bildende Künstler*innen können die permanent steigenden Kosten für einen Proberaum oder Aufnahmestudio aufbringen. Wir brauchen, insbesondere seitens der Städte, eine gezielte Sicherung solcher Räume.

Wie würde Ihre Partei bei der Aufstellung von Bebauungsplänen mehr Flächen für kulturelle Nutzung ausweisen, um so auch mehr Raum für Kreative aus dem Kunst- und Kulturbereichen zu generieren (Stichwörter: Aufnahmebereiche, Proberäume)?

Bündnis 90/Die Grünen

Bebauungspläne werden auf der kommunalen Ebene erstellt. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass auch auf kommunaler Ebene im Rahmen der Stadtplanung, bei der konkreten Flächen- und Bauplanung, bei der Entwicklung und Bereitstellung öffentlicher Flächen die Bedarfe von Kreativen aus dem Kunst- und (sozio)kulturellen Bereich stärkere Berücksichtigung finden.

CDU

Die Aufstellung von Bebauungsplänen obliegt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung den Gemeinden. Diese entwickeln eigenverantwortlich innerhalb ihres Gemeindegebietes entsprechende Bebauungspläne. Hierbei sollten entsprechend des lokalen bzw. regionalen Bedarfes auch Räume für kulturelle Nutzungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die frühzeitige Beteiligung von Akteurinnen und Akteuren aus dem Kunst- und Kulturbereich im Rahmen partizipativer Prozesse stellt aus unserer Sicht, neben den ohnehin verfahrensrechtlich bestehenden Beteiligungsoptionen (öffentliche Auslegung), einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung bedarfs- und zielgruppengerechter Räume dar.

Die Linke

Wir würden die LAG bitten, eine Bedarfsanalyse zu erstellen, für die durch das Land und die Kommunen Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Flächen sollten von den Kommunen und dem Land gesucht und ausgewiesen werden. Wichtig ist uns, dass keine private Betreibung stattfindet, um möglichst auch jungen Bands ohne viel Geld Räume zur Verfügung zu stellen. Denkbar wäre eine Konzeptvergabe von Flächen an die Kulturträger.

Piratenpartei

Bebauungspläne fallen in die Zuständigkeit der Kommunen. Als Landtagsfraktion sehen wir hier leider keine Möglichkeit, auf die korrekterweise vorgestellte Problematik einzugehen. Dort, wo wir in kommunaler Verantwortung sind, versuchen wir entsprechend Einfluss zu nehmen. Was wir uns vorstellen können, ist bei den Bedingungen für die Inanspruchnahme von Fördermitteln für den Wohnungsbau entsprechende Punkte einzufügen.

SPD

Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans ist im Baugesetzbuch des Bundes detailliert festgelegt. So lautet der gesetzliche Auftrag, alle Belange, die für Entscheidungen im Plangebiet von Bedeutung sein könnten, zu sammeln, zu bewerten und gerecht abzuwägen sind. Gemäß § 1 Abs. 5 BauGB dient ein Bebauungsplan verschiedenen Zielen. So sollen u. a. bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung Berücksichtigung finden. Öffentliche Belange als auch private Belange spielen bei der Aufstellung eines Bebauungsplans somit eine gewichtige Rolle. Schwerpunkt eines solchen Bebauungsplanverfahrens sind die beiden Beteiligungsstufen, jeweils mit Bürgern und Behörden. Im Rahmen dieser Öffentlichkeitsbeteiligungen können Stellungnahmen abgegeben werden, die in die Abwägung mit einfließen. Viele Beispiele zeigen, dass es durch diese Beteiligungen möglich ist, entscheidenden Einfluss auf die Inhalte des Bebauungsplans zu nehmen.

2. Schutz von Kulturräumen

f. Sozio- und popkulturelle Spielstätten und Festivals sind Orte, die allen Künsten eine Bühne bieten. Diese begeistern viele Menschen, sind aber manchmal kritisch oder unbequem. Auch die Programmgestaltung und -auswahl selbst stellt eine kreative Leistung dar. Wir wünschen uns ein klares Bekenntnis, dass diese Spielstätten und Festivals in der inhaltlichen Programmgestaltung frei bleiben und eine Förderung nicht von der Programmumsetzung abhängt.

Wie gewährleistet Ihre Partei, dass sozio- und popkulturelle Spielstätten und Festivals in ihrer inhaltlichen Programmgestaltung und deren Realisierung frei bleiben?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir stellen uns allen Bestrebungen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen entgegen, die einen nationalistischen Kulturbegriff etablieren und die Förderpolitik danach auszurichten wollen. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst, soweit sie keine menschenverachtenden Inhalte idealisiert. Dennoch wird sich eine öffentliche Förderung von Spielstätten oder Festivals immer auch am öffentlichen Interesse und einem Gesamtkonzept ausrichten.

CDU

Außer Frage steht für uns die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Kunst. Darunter fällt selbstverständlich auch die Programmgestaltung popkultureller Spielstätten und Festivals.

Die Linke

Das Beispiel „Resist to Exist“ zeigt, dass der Landtag sich zu allererst mit den gesetzlichen Vorgaben für Festivals befassen und insbesondere die Lücke in der Bauordnung schließen muss, um die Durchführung für Festivalveranstalter im Umgang mit Landkreisen zu verbessern. Momentan ist die Auslegung der Bauordnung Sache der Landkreise, die auch ungünstig ausgehen kann, wie gerade gesehen. Wir betrachten solche Szenarien wie auch die Intervention bei der Fusion in diesem Jahr als sehr problematisch, weil sie die Kunstfreiheit in Frage stellen, indem versucht wird, mit behördlichen Mitteln Auflagen zu erzwingen. Deswegen müssen die gesetzlichen Regelungen klare Vorgaben haben, die für alle gleich sind. Zusätzliche Auflagen sind dann ausgeschlossen.

Piratenpartei

Hier müssen die Grundlagen geschaffen werden, dass landesweit einheitliche Regelungen hinsichtlich der Möglichkeiten von Eingriffen in die Programmgestaltung und Realisierung transparent gestaltet werden. Zur Ablehnung von Anträgen fordern wir bspw. in einer Novellierung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz bspw. die Pflicht zur Begründung und die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung.

SPD

Kultur- und Pressefreiheit sind elementare Bestandteile der Demokratie und für uns nicht verhandelbar. Anfeindungen von rechtspopulistischen Kräften gegen die Medien- und Kulturlandschaft in unserem Land treten wir entschlossen entgegen

ANTWORTEN AUF DIE 12 FRAGEN DER LAG SOZIOKULTUR BRANDENBURG ZUR LANDTAGSWAHL 2019

3. Förderpolitik

a. Sowohl in den Arbeitsabläufen sozio- und popkultureller Einrichtungen und Initiativen als auch in ihren Programmen und Kooperationsbeziehungen, sowie bei ihrer Teilnahme an den gebietskör- perschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen spielt Nachhaltigkeit, respektive Zukunftsfähigkeit eine große Rolle.

Wo sieht Ihre Partei die wesentlichen Herausforderungen, steuerungs- und förderpolitisch diesen Prozess zu begleiten?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir sehen sozio- und popkulturelle Einrichtungen als wichtige Faktoren, um die Attraktivität und Lebensqualität insbesondere der metropolenfernen Regionen zu stärken und die Menschen dort zu halten oder gar einen Zuzug zu befördern. Insofern sollten Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung auf kommunaler und Landesebene solchen Einrichtungen und Initiativen wohlwollend begegnen, sie beraten und fördern und bürokratische Hemmnisse so weit wie möglich vermeiden.

CDU

Nachhaltigkeit spielt verdientermaßen auch bei Förderprogrammen des Landes eine immer größere Rolle. Wir werden diese Entwicklung entschieden vorantreiben, so wie die CDU- Fraktion im Landtag auch bisher schon immer wieder bei vorgestellten Förderprogrammen auf die Berücksichtigung nachhaltiger Effekte gepocht hat.

Die Linke

Wir sollten Positivbeispiele erkennen und vertiefen. Neben der Zusammenarbeit mit Kommunen, der Einbindung ihrer Einwohner*innen oder der Kooperation mit lokalen Wirtschaftsstrukturen sollte es unserer Auffassung nach – zum Beispiel bei Festivals - auch um Fragen der Müllbeseitigung und der Nachhaltigkeit gehen. Ein positives Beispiel ist auch hier die Fusion. Das Land kann Initiativen von nachhaltigen Festivals unterstützen. Was die Zukunftsfähigkeit von Einrichtungen anbelangt, brauchen wir als aller erstes ein Umdenken in den Kommunen zugunsten von Kultur – und Jugendeinrichtungen. Diese sollten nicht als sogenannte „freiwillige“ Aufgabe betrachtet werden, sondern als fester Bestandteil einer lebenswerten Kommune, eine entsprechende Unterstützung eingeschlossen.

Piratenpartei

Wie schon beschrieben, streben wir eine Einbeziehung aller im Kulturbereich Aktiven bei den entsprechenden Beratungen an. Denn so breit, wie die kulturellen Themen, so breit ist auch das Feld der Kulturschaffenden. Hier muss also sichergestellt werden, dass die jeweiligen Adressaten auch tatsächlich das ganze Spektrum der in dem jeweiligen Bereich Aktiven umfasst. Wir brauchen ein finanziell grosszügig ausgestattetes Kulturboard Brandenburg Land, das monatlich in den verschiedenen Regionen Brandenburgs tagt und über Tageszeitungen und Schulen angekündigt wird, um den Menschen vor Ort die Möglichkeit einer schnellen, unkomplizierten Kommunikation der Probleme im Kulturbetrieb zu ermöglichen. Ein Kulturfonds Brandenburg Land kann dann entsprechend nicht nur finanzielle Rahmenbedingungen ermöglichen, sondern direkt in der Kommunikation mit den örtlichen Ämtern Probleme aus dem Weg räumen.

SPD

Die Kulturpolitik in Brandenburg hat sich 2012 mit der kulturpolitischen Strategie einen Rahmen gegeben, um die Entwicklungslinien ebenso wie den gesellschaftspolitischen Beitrag der Kultur zu verdeutlichen. Dabei ging es um zweierlei: Zum einen darum, die erfolgreichen Kultureinrichtungen, die seit vielen Jahren zu einem lebendigen Kulturleben beitragen, zu stärken und auf ein dauerhaft gesichertes finanzielles Fundament zu stellen; zum anderen darum, die Mittel für die Projektförderung der freien Träger und für Künstlerinnen und Künstler deutlich zu stärken. Wir wollen die kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg weiterentwickeln. Künftig werden wir verstärkt auch regionale kulturelle Ankerpunkte im ländlichen Raum fördern. Insgesamt steigt die Förderung in den kommenden beiden Jahren um 23 Millionen Euro.

3. Förderpolitik

b. Die Verwaltungspraxis kollidiert oft mit der Arbeitsrealität der Akteur*innen. So ist bspw. der Zeitraum zwischen der Beantragung und Gewährung von kultureller Landesförderung sehr lang und nimmt oft mehr als ein halbes Jahr in Anspruch, überjährige Förderung ist kompliziert bis ausgeschlossen. Welchen Einfluss würde Ihre Partei geltend machen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und zu entbürokratisieren?

Bündnis 90/Die Grünen

Für viele Kulturschaffende sind öffentliche Förderprogramme ein Dschungel. Wir werden die Beratung zu den Förderprogrammen verbessern. Viele Kulturschaffende sind selbstständig und Kleinunternehmer*innen. Die geistigen, kreativen, kulturellen und sozialen Innovationen, die sie schaffen und die zu einer lebendigen Demokratie beitragen, fallen aber bei den klassischen Wirtschaftsförderprogrammen durch das Raster. Das wollen wir durch die Anpassung der Programme ändern. Dabei gilt es auch die besonderen Bedarfe der sozio- und popkulturellen Einrichtungen zu berücksichtigen. Insgesamt wird aber das Problem bestehen bleiben, dass Förderprogramme, ob über die Kultur- oder über die Wirtschaftsförderung, an die Bereitstellung der jeweiligen Finanzmittel durch den Haushaltsgeber gebunden sind. Soweit es sich nicht um eine fortlaufende, institutionelle Förderung handelt, wird es sich also schwer vermeiden lassen, dass eine Förderung an das jeweilige Haushaltsjahr oder allenfalls an einen Doppelhaushalt für zwei Jahre gebunden ist.

CDU

Wir als CDU sind entschiedene Befürworter des Bürokratieabbaus und werden uns nach der Wahl für eine Vereinfachung der Verwaltungsprozesse einsetzen.

Die Linke

Wir präferieren eine auf Dauer angelegte Förderung von Strukturen, die wie die LAG Soziokultur im Land etabliert sind, bei gleichzeitiger Möglichkeit, Neues auszuprobieren und auch einmalige Projekte fördern zu können.

Piratenpartei

Jeglichen, den wir machen können. Denn die Entbürokratisierung von Prozessen ist eines unser Hauptanliegen. Das bietet nicht nur die von Ihnen angesprochene Möglichkeit einer kurzfristigen Inanspruchnahme von Mitteln. Es führt auch zur Planungssicherheit bei der Durchführung von Projekten. Beides ist evident, will man die verschiedenen Ansprüche aufgrund verschiedener Mentalitäten adäquat berücksichtigen.

SPD

Für die SPD ist der Bürokratieabbau eine wichtige und dauerhafte Aufgabe. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Zeitraum zwischen der Beantragung und Gewährung von kultureller Landesförderung noch besser, effizienter und bürokratieärmer im Sinne aller Akteur*innen vollzogen werden kann.

3. Förderpolitik

c. Die Arbeit der sozio- und popkulturellen Einrichtungen und Initiativen hängt wesentlich davon ab, dass die Funktionsfähigkeit und Sicherheit der Gebäude, Räume und Freiflächen gegeben sind. Weitere Herausforderungen ergeben sich aus der Digitalisierung, dem Verschleiß der Veranstaltungs- und Bürotechnik, Lärmschutzaufgaben und Inklusionserfordernissen. Allein die klimafreundliche Gestaltung der Energiewende in den sozio- und popkulturellen Praxisfeldern übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Akteur*innen im Feld um ein Vielfaches.

Wie steht Ihre Partei zu einem landesweiten Investitionsförderprogramm, um die entsprechenden Bestrebungen der sozio- und popkulturellen Akteur*innen wirkungsvoll zu unterstützen?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir nehmen die Fragestellung als Anregung, haben dazu aber keinen Parteibeschluss. Wie schon in der Antwort auf Frage 3.b. erwähnt, könnten hier auch Mittel einer geänderten Wirtschaftsförderung zum Tragen kommen.

CDU

Wir fordern seit Jahren, dass die Investitionen in Brandenburg erhöht werden. Nach der Wahl werden wir prüfen, wie ein entsprechendes Investitionsprogramm ausgestaltet werden sollte, um möglichst breit und vielfältig zu wirken. Gerne nehmen wir dazu auch ihre Vorschläge in den Diskussionsprozess auf.

Die Linke

Wir sind gewillt, dieses Anliegen mit den Akteur*innen zu diskutieren und ein solches Programm zu entwickeln, weil wir wissen, dass in vergangenen Jahrzehnten viele soziokulturelle Einrichtungen, insbesondere in der Fläche des Landes, schließen mussten. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Um gleichwertige Lebensverhältnisse durchzusetzen und soziokulturelle Räume zu sichern, damit auch demokratische Strukturen zu stabilisieren, setzen wir uns für eine Verstärkung der landesweiten Investitionen ein.

Piratenpartei

Ausgesprochen positiv. Denn Nachhaltigkeit und Teilhabe sind Antriebsfelder unserer Politik. Gerade bei diesem Investitionsprogramm geht es um die transparente Zuteilung sowie einer klaren Aufteilung für die verschiedenen Bereiche: Hoch- und Popkultur hat aufgrund der eigenen Interessenvertretungen bereits einen guten und direkten Zugang zu Förderprogrammen und Institutionen, im Gegensatz zu den niederschweligen alternativen Kulturprojekten. Hier gilt es ein verstärktes Augenmaß zu entwickeln. Ein Kulturboard könnte gerade darüber wachen.

SPD

Die SPD hat ein besonderes Interesse an breit gefächerten soziokulturellen Angeboten in Brandenburg. In diesem Rahmen werden wir uns dafür einsetzen, den Bestand zu sichern und weiterzuentwickeln. Unsere Partei sieht derzeit aber keinen finanziellen Spielraum, um eigens für die sozio- und popkulturellen Akteur*innen ein landesweites Investitionsförderprogramm aufzulegen.

ANTWORTEN AUF DIE 12 FRAGEN DER LAG SOZIOKULTUR BRANDENBURG ZUR LANDTAGSWAHL 2019

3. Förderpolitik

d. Sozio- und popkulturelle Akteur*innen generieren ein hohes Maß an gesellschaftlichem Engagement und manifestieren damit gleichzeitig die eigenen prekären Beschäftigungsverhältnisse. Trotz stetig wachsendem Angebot und steigenden Besucher*innenzahlen (2018 über 1 Million) stagniert die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, die zudem mehrheitlich untertariflich entlohnt werden.

Welche konkreten förderpolitischen Instrumente kann sich Ihre Partei vorstellen, um die Rahmenbedingungen, sowohl für die im Praxisfeld sozialversicherungspflichtig Angestellten als auch die ehren- und bürgerschaftlich Engagierten nachhaltig zu verbessern?

Bündnis 90/Die Grünen

Letztlich zielt diese Frage auf eine auskömmliche Förderung ab, denn nur so können Beschäftigungsverhältnisse verbessert werden. Die berufliche Existenz vieler Kulturschaffender ist prekär. Viele zieht es nach Brandenburg, weil sie hier oft noch bezahlbare Ateliers, Proberäume, Werkstätten und Spielstätten finden. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Auftraggeber angemessene Ausstellungs- und Aufführungshonorare für die freie Kunst und Kreativszene zahlen. Es wäre denkbar, auch im Rahmen der Sozio- und Popkultur eine jeweilige öffentliche Förderung an bestimmte Mindeststandards zu knüpfen, wie sie bereits in Ansätzen bei den Ausstellungsvergütungen für Künstlerinnen und Künstler, der Atelierförderung, für Literaturschaffende oder den Mindesthonoraren für Orchestermusiker*innen und Solist*innen im öffentlichen Auftrag durch den Landtag beschlossen wurden. Wir wollen die Ehrenamtskarte, die es in Brandenburg seit 2013 gibt und von der viele Ehrenamtler*innen profitieren, attraktiver und bekannter machen sowie den Inhaber*innen vergünstigte Fahrten im öffentlichen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen. Wer sich unbezahlt in die Dienste der Gesellschaft stellt, soll nicht auch noch für die vollen Fahrtkosten zu einer Fortbildung aufkommen müssen. Auf einen Großteil der Angebote der Ehrenamtskarte kann man derzeit nur in Berlin und im berlinnahen Raum zugreifen. Von Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr würden daher Ehrenamtler*innen in ländlichen Regionen besonders stark profitieren. Außerdem möchten wir Angebote zu Fortbildung, Beratung und Supervision fördern. Für die Stärkung ehrenamtlicher Initiativen sowie gemeinnütziger Träger der Alltags- und Freizeitkultur, die mit Geflüchteten arbeiten, werden wir die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen einführen. Auf Bundesebene werden wir prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

CDU

Als CDU betrachten wir die Entwicklung der prekären Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich mit großer Sorge. Deswegen hat die CDU-Fraktion beispielsweise einen Antrag zur Einführung von Honorarmindeststandards für freie Musiker und Vokalsolisten erfolgreich in den Landtag Brandenburg eingebracht. Über die Notwendigkeit ähnlicher Ansätze im Bereich der Sozio- und Popkultur kommen wir gerne mit Ihnen ins Gespräch.

Die Linke

Wir haben in der letzten Legislaturperiode begonnen, uns mit der Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern zu befassen und wollen dies auch auf jene ausweiten, die im Bereich der Soziokultur arbeiten. Leider müssen wir konstatieren, dass auf den Ehrenamtsbereich immer mehr Verantwortung abgewälzt wird. Dadurch entsteht ein Missverhältnis zwischen staatlich finanzierten und ehrenamtlich geleisteten Kulturaufgaben. Wir sind der Auffassung, dass der Staat und seine Verwaltungen Voraussetzungen schaffen müssen, das Ehrenamt zu stabilisieren und zu stärken.

Piratenpartei

Sie sprechen hier ein breites soziogesellschaftliches Problem an. Das sich Verlassen auf ehrenamtliches Engagement hat in vielen gesellschaftlichen Felder mittlerweile zu Situationen geführt, die ein Wegbrechen der Handelnden überhaupt nicht mehr zulassen, will man dieses Feld erhalten. Dies geht vielfach auf Kosten alternativer Möglichkeiten. Hier sehen wir die Weiterentwicklung des Sozialsystems und die Erforschung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) als zukunftsweisendste Möglichkeit, dieses Engagement sicherzustellen.

SPD

Einkommensgerechtigkeit darf vor der Kultur nicht haltmachen. Deswegen führen wir beispielsweise Honoraruntergrenzen bei der Kulturförderung ein. Um dies zu realisieren, erhöhen wir die Fördermittel in den nächsten Jahren kontinuierlich. Zudem wollen wir gemeinsam mit den Kommunen ein Bündnis für Kultur ins Leben rufen, um kulturelle Angebote und Infrastruktur überall im Land weiterzuentwickeln. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, die Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden zu verbessern, insbesondere durch die Stärkung der Netzwerkarbeit, den Abbau von bürokratischen Hürden und der Unterstützung der Kulturverbände. Das Ehrenamt bereichert Brandenburg und ist ein wichtiger Pfeiler der Zivilgesellschaft. Deshalb wollen wir das ehrenamtliche Engagement weiter stärken und Ansprechstellen für Engagierte flächendeckend im Land schaffen. Außerdem werden wir die Landesfinanzierung des Jugendfreiwilligendienstes erhöhen.